

PRESSEMITTEILUNG

SM

Abschaffung von telefonischer Krankschreibung und AU ab dem ersten Tag: Drese kritisiert Bundespläne scharf

Schwerin, 02. Juli 2026

Nummer: 158

In Berlin haben sich die Spitzen der Regierungsparteien auf Reformen auch im Gesundheitsbereich geeinigt. An den heute vorgestellten Plänen, die telefonische Krankschreibung abzuschaffen und eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung verpflichtend schon ab dem ersten Krankheitstag zu verlangen, übt Gesundheitsministerin Stefanie Drese deutliche Kritik:

„Dieser Vorschlag ist ein Rückschritt und das Gegenteil von einer modernen und patientenorientierten Gesundheitsversorgung. Die Krankschreibung per Telefon hat sich bewährt, da sich erkrankte Menschen, die der Praxis bereits bekannt sind, nicht mehr in volle Wartezimmer drängen müssen und sich dort womöglich noch anderen Infektionsrisiken aussetzen. Das schützt die Patientinnen und Patienten und entlastet Arztpraxen, die schon jetzt oft am Limit arbeiten, enorm“, erklärte die Ministerin.

Gerade bei leichteren Erkrankungen wie einer Erkältung sei die telefonische Krankschreibung eine hervorragende Möglichkeit, unnötige Wege zu sparen und erlaube es den Erkrankten, sich stattdessen sofort auf ihre Genesung zu konzentrieren und sich auszukurieren, „Das bringt auch deutlich mehr, als sich mit Kopfschmerzen oder kurzzeitigen Magen-Darm-Problemen in die Praxis zu schleppen“, unterstrich Drese.

Die Ministerin unterstrich, dass sie im ständigen Austausch mit Krankenkassen und Ärztevertretern sei. Auffälligkeiten bei der telefonischen Krankschreibung werden hierbei nicht benannt. „Ich finde es fatal, dass der Bundeskanzler offensichtlich glaubt, dass Menschen im großen Stil blau machen und die Hausärztinnen und Hausärzte dabei willfährig Atteste ausstellen. Dieses Menschenbild teile ich ausdrücklich nicht“, so Drese.

Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 124
19055 Schwerin
Telefon: 0385 588-19003
E-Mail: alexander.kujat@sm.mv-regierung.de
Internet: www.sozial-mv.de

V. i. S. d. P.: Alexander Kujat

„Statt Vertrauen in Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und unsere Ärzteschaft zu haben, die verantwortungsvoll mit der telefonischen Krankschreibung umgehen, drehen wir die Uhr im Sinne eines vormundschaftlichen Staates zurück und belasten die Praxen und damit unser gesamtes Gesundheitssystem, statt zu entlasten. „Misstrauen, mehr Bürokratie, vollere Wartezimmer und zusätzliche Belastungen für die ambulante Versorgung ist das Gegenteil von dem, was wir brauchen“, betonte Drese.

Das betreffe auch die geplante Rückkehr zur Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab dem ersten Krankheitstag. „Anders als heute in Berlin behauptet sind Karenztage sind kein Wettbewerbsnachteil. Langfristige Ausfälle, weil Krankheiten nicht auskuriert werden, aber schon. Und ich bin mir sicher: Wer Beschäftigte unter Generalverdacht stellt und jede kurzfristige Erkrankung mit zusätzlichen Hürden versieht, stärkt letztlich weder die Wirtschaft noch die Gesundheit der Menschen.“